

LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2019/41319]

30 SEPTEMBRE 2017. — Loi portant des dispositions diverses en matière sociale. — Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 37, 38 et 46 à 64 de la loi du 30 septembre 2017 portant des dispositions diverses en matière sociale (*Moniteur belge* du 16 octobre 2017, *err.* des 19 octobre 2017 et 13 décembre 2017).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2019/41319]

30 SEPTEMBER 2017. — Wet houdende diverse bepalingen inzake sociale zaken. — Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 37, 38 en 46 tot 64 van de wet van 30 september 2017 houdende diverse bepalingen inzake sociale zaken (*Belgisch Staatsblad* van 16 oktober 2017, *err.* van 19 oktober 2017 en 13 december 2017).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2019/41319]

**30. SEPTEMBER 2017 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales
Deutsche Übersetzung von Auszügen**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 37, 38 und 46 bis 64 des Gesetzes vom 30. September 2017 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST SOZIALE SICHERHEIT UND FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST
BESCHÄFTIGUNG, ARBEIT UND SOZIALE KONZERTIERUNG

30. SEPTEMBER 2017 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales

PHILIPPE, König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

(...)

KAPITEL 7 — *Interministerieller Haushaltsfonds zur Förderung der Beschäftigung*

(...)

*Abschnitt 3 — Abänderung des Gesetzes vom 14. Juli 1994
über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung*

Art. 37 - Artikel 40 § 1 Absatz 4 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, ersetzt durch das Gesetz vom 10. August 2015, wird durch folgende Sätze ergänzt:

„Für das Jahr 2017 wird der Betrag des jährlichen Globalhaushaltszieles zusätzlich um 47.539.000 EUR erhöht. Diese zusätzliche Erhöhung ist integraler Bestandteil des jährlichen Globalhaushaltszieles für das Jahr 2017. Für das Jahr 2018 wird der Betrag des jährlichen Globalhaushaltszieles zusätzlich um 71.788.000 EUR erhöht. Diese zusätzliche Erhöhung ist integraler Bestandteil des jährlichen Globalhaushaltszieles für das Jahr 2018. Für das Jahr 2019 wird der Betrag des jährlichen Globalhaushaltszieles zusätzlich um 63.788.000 EUR erhöht. Diese zusätzliche Erhöhung ist integraler Bestandteil des jährlichen Globalhaushaltszieles für das Jahr 2019.“

Abschnitt 4 — Inkrafttreten

Art. 38 - Die Artikel 35, 36 und 37 treten am 1. Juli 2018 in Kraft.

(...)

KAPITEL 11 — *LIKIV - Dienst für Entschädigungen*

Abschnitt 1 — Abschaffung des Geschäftsführenden Ausschusses für Bergarbeiter

Art. 46 - Artikel 78bis § 2 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, eingefügt durch das Gesetz vom 29. April 1996 und abgeändert durch das Gesetz vom 25. Januar 1999, wird aufgehoben.

Art. 47 - In Artikel 79 Absatz 3 desselben Gesetzes werden die Wörter „in Artikel 80 Nr. 2 erwähnte Angelegenheit“ durch die Wörter „in Artikel 80 § 1 Nr. 2 und § 3 erwähnten Befugnisse“ ersetzt.

Art. 48 - Artikel 80 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 20. Juli 2015, wird durch einen Paragraphen 3 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“§ 3 - Der Geschäftsführende Ausschuss des Dienstes für Entschädigungen ist befugt, die Bestimmungen in Bezug auf die Invaliditätspensionen zugunsten der in Artikel 5 Nr. 1 Buchstabe *h*) des Gesetzes vom 27. Juni 1969 erwähnten Bergarbeiter und der ihnen gleichgestellten Personen auszuführen, wie es dem Institut gemäß Artikel 2 § 3*bis* des Gesetzes vom 29. Juni 1981 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze der sozialen Sicherheit für Lohnempfänger zugewiesen wurde. In diesem Rahmen schließt er die Rechnungen ab und stellt den Haushaltsplan auf. Er schlägt dem Allgemeinen Ausschuss den Haushaltsplan der Verwaltungskosten des Dienstes für Entschädigungen vor, was die Anwendung der Bestimmungen in Bezug auf diese Invaliditätspension betrifft.”

Art. 49 - Artikel 80*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 22. Februar 1998 und abgeändert durch die Gesetze vom 14. Januar 2002, 24. Dezember 2002 und 17. Juni 2009, wird aufgehoben.

Art. 50 - In Artikel 182 § 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 29. April 1996 und 14. Januar 2002, werden die Wörter “und des Geschäftsführenden Ausschusses für Bergarbeiter” jedes Mal aufgehoben.

Art. 51 - Dieser Abschnitt tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Abschnitt 2 — Änderung des Namens des Medizinischen Fachrates und Befugnisweiterung

Art. 52 - In Artikel 80 § 1 Nr. 8 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, aufgehoben durch das Programmgesetz vom 17. Juni 2009 und wieder aufgenommen durch das Gesetz vom 25. April 2014, werden die Wörter “des in Artikel 85 erwähnten Medizinischen Fachrates” durch die Wörter “des in Artikel 85 erwähnten Fachzentrums Arbeitsunfähigkeit” ersetzt.

Art. 53 - In Artikel 82 Absatz 1 Nr. 4 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 22. Februar 1998, werden die Wörter “des in Artikel 85 erwähnten Medizinischen Fachrates” durch die Wörter “des in Artikel 85 erwähnten Fachzentrums Arbeitsunfähigkeit” ersetzt.

Art. 54 - Die Überschrift von Titel 4 Kapitel 1 Abschnitt 5 desselben Gesetzes wird wie folgt ersetzt: “Fachzentrum Arbeitsunfähigkeit”.

Art. 55 - Artikel 85 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 22. Februar 1998, wird wie folgt abgeändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter “ein Medizinischer Fachrat eingesetzt, der als Aufgabe hat” durch die Wörter “ein Fachzentrum Arbeitsunfähigkeit eingesetzt, das als Aufgabe hat” ersetzt.

b) Absatz 1 wird durch eine Nr. 4 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“4. Studien in Sachen Entschädigungsversicherung ausführen zu lassen, sie zu koordinieren und Stellungnahmen abzugeben. Die damit verbundenen Ausgaben gehen zu Lasten des Haushalts der Entschädigungsversicherung.”

c) In Absatz 2 werden die Wörter “dieses Rates” durch die Wörter “des Fachzentrums Arbeitsunfähigkeit” ersetzt.

Art. 56 - Dieser Abschnitt tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Abschnitt 3 — Datenübermittlung durch den Vertrauensarzt

Art. 57 - In Artikel 90 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, zuletzt abgeändert durch das Programmgesetz vom 1. Juli 2016, wird Absatz 3 wie folgt ersetzt:

“Der Vertrauensarzt teilt dem Medizinischen Invaliditätsrat die Daten in Bezug auf die Arbeitsunfähigkeit mit. Der Geschäftsführende Ausschuss des Dienstes für Entschädigungen legt auf Stellungnahme der Hohen Kommission des Medizinischen Invaliditätsrates den Inhalt dieser Daten fest sowie die Modalitäten und die Frist für die Übermittlung dieser Daten an den Medizinischen Invaliditätsrat, unter denen insbesondere die Daten in Bezug auf die Übertragung der Krankheiten, die Ursache der Arbeitsunfähigkeit sind.”

Abschnitt 4 — Sozial-berufliche Wiedereingliederung - dem König erteilte Ermächtigung

Art. 58 - Artikel 106 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juli 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden zwischen den Wörtern “Der König bestimmt” und den Wörtern “, unter welchen Bedingungen” die Wörter “durch einen im Ministerrat beratenen Erlass” eingefügt.

2. Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.

Art. 59 - Artikel 109*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juli 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden zwischen den Wörtern “vom König” und dem Wort “bestimmt” die Wörter “durch einen im Ministerrat beratenen Erlass” eingefügt.

2. In Absatz 2 werden zwischen den Wörtern “Der König bestimmt” und den Wörtern “die Umschulungsleistungen” die Wörter “durch einen im Ministerrat beratenen Erlass” eingefügt.

3. In Absatz 3 werden zwischen den Wörtern “Der König bestimmt” und den Wörtern “ebenfalls die Modalitäten” die Wörter “durch einen im Ministerrat beratenen Erlass” eingefügt.

4. Die Absätze 4 und 5 werden aufgehoben.

Abschnitt 5 — Formale Anpassungen des am 14. Juli 1994
koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung

Art. 60 - In Artikel 9 Absatz 1 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung werden die Wörter "und 80 Nr. 5" durch die Wörter "und 80 § 1 Nr. 5" ersetzt.

Art. 61 - In Artikel 87 Absatz 1 desselben Gesetzes, ersetzt durch die Königlichen Erlasse vom 13. November 1996 und 10. Juni 2001, und in Artikel 113 Absatz 3 desselben Gesetzes, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 10. Juni 2001, werden die Wörter "Artikel 80 Nr. 5" durch die Wörter "Artikel 80 § 1 Nr. 5" ersetzt.

Art. 62 - Artikel 109 desselben Gesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 23. Dezember 1996, wird aufgehoben.

Art. 63 - In Artikel 193 § 2, abgeändert durch das Gesetz vom 20. Dezember 1995, und § 3, eingefügt durch das Gesetz vom 9. Juli 2004, und in Artikel 200 § 4 Nr. 7 werden die Wörter "Artikel 80 Nr. 2" jeweils durch die Wörter "Artikel 80 § 1 Nr. 2" ersetzt.

Art. 64 - In Artikel 203 § 2 Absatz 2 und § 4 Absatz 1 und Absatz 4 desselben Gesetzes werden die Wörter "und 80 Nr. 1" durch die Wörter "und 80 § 1 Nr. 1" ersetzt.

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 30. September 2017

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Beschäftigung
K. PEETERS

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten
Frau M. DE BLOCK

Der Minister der Pensionen
D. BACQUELAINE

Der Minister des Öffentlichen Dienstes
S. VANDEPUT

Der Minister der Selbständigen
D. DUCARME

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2019/41308]

21 DECEMBRE 2018. — Loi portant des dispositions diverses en matière de justice. — Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 166 à 178 de la loi du 21 décembre 2018 portant des dispositions diverses en matière de justice (*Moniteur belge* du 31 décembre 2018).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2019/41308]

21 DECEMBER 2018. — Wet houdende diverse bepalingen betreffende justitie. — Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 166 tot 178 van de wet van 21 december 2018 houdende diverse bepalingen betreffende justitie (*Belgisch Staatsblad* van 31 december 2018).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2019/41308]

21. DEZEMBER 2018 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich der Justiz — Deutsche Übersetzung von Auszügen

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 166 bis 178 des Gesetzes vom 21. Dezember 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich der Justiz.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.